



Durchwahl: 0511 3030-2151
Mein Zeichen: II/73 - 0103 - 00/7
(Kurzbericht-08-Wo-Go)

22. Februar 2019

KURZBERICHT

über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 18. bis 22. Februar 2019

Montag, 18. Februar 2019

1 Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (33. Sitzung)

Beratungsthemen:

- 1 a) **Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Sachlage rund um das Geschehen der Havarie der „MSC Zoe“**
- b) **Unterrichtung durch die Landesregierung über das Ausmaß und die Ursachen des Sterbens von Trottellummen auf der Nordsee**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtungen - zu a) unter Hinzuziehung des Leiters des Fachbereichs Schadstoff- und Schiffsunfallbekämpfung See des Havariekommandos, zu b) unter Hinzuziehung der Verwaltung des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer - entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. [Unsere Gewässer vor multiresistenten Keimen schützen!](#) [Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/644](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Auf Anregung der FDP-Fraktion kam er überein, ergänzend das Clausthaler Umwelttechnik Forschungszentrum (CUTEC) um eine schriftliche Stellungnahme zu dem Antrag zu bitten. Ferner kam er überein, die weitere Beratung des Antrags so zu terminieren, dass er im März-Plenum (übernächster Plenarsitzungsabschnitt) abschließend behandelt werden kann.

Die Koalitionsfraktionen kündigten hierzu einen Änderungsvorschlag an. In diesem Zusammenhang bekräftigte die Vertreterin der Fraktion der Grünen ihr Interesse an einer Übermittlung der Ergebnisse der Gewässeruntersuchungen durch die Uni Bonn.

3. **Ergänzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über den Sachstand zum Brand in der Brennelementfabrik in Lingen**

Der Ausschuss nahm die ergänzende Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Das MU kündigte hierzu die Bereitstellung eines abschließenden Berichts in nächster Zeit an. Ferner sagte es zu, zu prüfen, ob die Gutachten zur Brandursachenklärung und zur Brandschadensermittlung dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden können.

Außerhalb der Tagesordnung klärte der Ausschuss Terminfragen und verständigte sich darauf, die Beratung des Antrags der FDP-Fraktion in Drucksache 18/2863 (Natura 2000 mittels Grundschutzverordnung umsetzen!) zum nächstmöglichen Zeitpunkt - 18. März 2019, in Abhängigkeit vom Umfang der für den 4. März 2019 vorgesehenen Anhörung auch jener Termin - aufzunehmen. Er billigte ferner die von der Landtagsverwaltung konkretisierte Rahmenplanung für die parlamentarische Informationsreise im Juni 2019.

2 **Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen - für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“** (4. und 5. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Klärung von Verfahrensfragen](#)

[Die Kommission erörterte auf der Grundlage der als Vorlagen 4 und 10 verteilten Zusammenfassungen das weitere Vorgehen zu Abschnitt III des Einsetzungsbeschlusses Drs. 18/2351 - Notfallversorgung - und kam überein, in der Sitzung am 25. Februar 2019 mögliche Lösungsvorschläge dazu zu besprechen.](#)

Sie diskutierte das weitere Vorgehen zu Abschnitt II des Einsetzungsbeschlusses Drs. 18/2351 - Stationäre medizinische Versorgung.

2. [Fortsetzung der Erörterung zu Abschnitt III des Einsetzungsbeschlusses Drs. 18/2351 - Notfallversorgung](#)

Die Kommission setzte die Erörterung zu Abschnitt III des Einsetzungsbeschlusses Drs. 18/2351 - Notfallversorgung - fort und hörte dazu das Kommissionsmitglied Frau Dr. Weiß sowie die der Kommission angehörenden Vertreter der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft und der AOK Niedersachsen.

Sie nahm Beiträge der Landesregierung zum Bereich der Notfallversorgung, insbesondere zum aktuellen Sachstand des Projektes IVENA, sowie zu den Finanzströmen im Gesundheitswesen entgegen.

Mittwoch, 20. Februar 2019

3 Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(25. - teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. **[Arbeit der Anlaufstellen für Straffälligenhilfe angemessen unterstützen!](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1846](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfahl er dem Landtag, den Antrag in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP

2. **[Schöffenam stärken - Kommunen unterstützen](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1359](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfahl er dem Landtag, den Antrag in der Fassung der Vorlage 2 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP

3. **Unterrichtung der Landesregierung über einen Waffenfund in einer Außenstelle des Justizministeriums**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **[Entwurf eines Gesetzes zum Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag](#)**

[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2606](#)

Der Ausschuss beriet über den Gesetzentwurf. Er lehnte einen Antrag des Mitgliedes der Fraktion der AfD, dazu Vertreter von privaten Nachrichtensendern anzuhören, ab. Er folgte dem Votum des Unterausschusses „Medien“ und empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Berichterstatter (schriftlicher Bericht): Abg. Röhler.

5. **[Niedersachsen soll Vorreiter bei der regelmäßigen Berichtslegung über die Kriminalitätslage werden](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2573](#)

Der Ausschuss begann mit der Antragsberatung. Er bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen.

Ferner ersuchte er den Ausschuss für Inneres und Sport, zu den seinen Zuständigkeitsbereich betreffenden Gesichtspunkten des Antrages Stellung zu nehmen.

Vertraulicher Sitzungsteil

6. Unterrichtung durch das Niedersächsische Justizministerium über ein besonderes Vorkommnis im niedersächsischen Strafvollzug

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4 Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(45. - teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. Vorlagen

Vorlage 103 (MF) - Wiederbesetzung von Stellen

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

2. [Duale Karriere von paralympischen und olympischen Athletinnen und Athleten im Landesdienst ermöglichen](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/353](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Inneres und Sport an, den Antrag mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3. **Aktenvorlagebegehren des Ausschussmitglieds der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den in dem beigefügten Antrag vom 18. Februar 2019 aufgelisteten Themenschwerpunkten im Zusammenhang mit der NORD/LB**

Der Ausschuss vertagte den Punkt auf seine nächste Sitzung.

4. **Aktenvorlagebegehren der FDP-Fraktion vom 8. Februar 2019 zum „Fusionsprozess zwischen NORD/LB und BLB im Jahr 2017“**

Der Ausschuss vertagte den Punkt auf seine nächste Sitzung.

Vertraulicher Sitzungsteil

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung über bestehende Bürgschaften und ggf. ausgefallene Bürgschaften des Landes für die Thyssen Nordseewerke und ihre Rechtsnachfolger am Standort Emden (Thyssen Group, SIAG Group, DSD Group, Seafort, NES, Fosen sowie Riediger, Pengg, Beaufort und ggf. weitere)**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung, ob in den letzten zehn Jahren Bürgschaften an Fußball- oder anderen Sportvereine bzw. Gesellschaften, die einen Lizenzspielerbetrieb unterhalten, seitens des Landes vergeben wurden**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

7. **[Arbeit der Anlaufstellen für Straffälligenhilfe angemessen unterstützen!](#)**
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1846](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen an, den Antrag mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP

8. **[Schöffenamts stärken - Kommunen unterstützen](#)**
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1359](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen an, den Antrag mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP

9. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die der Presseberichterstattung zu entnehmende Nachricht hinsichtlich einer möglichen weiteren Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt an der NORD/LB in Höhe von 198 Mio. Euro und deren möglicher Auswirkungen auf die Trägeranteile**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung - zum Teil in vertraulicher Sitzung - entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5 Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (26. Sitzung)

Beratungsthemen:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss verständigte sich mit Blick auf die am heutigen Tag stattfindende Sitzung des Ältestenrates darauf, die Beratungsgegenstände abweichend von der Einladung zu der Sitzung in der Reihenfolge zu behandeln, wie sie sich aus diesem Kurzbericht ergibt.

1. [Regionale und direkte Vermarktung unterstützen und fördern](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1403](#)

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages, den Antrag in der Fassung des Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU in der Vorlage 3 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE

2. [Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken - Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1404](#)

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages, den Antrag unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD

Enthaltung: -

3. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung des Max-Planck-Instituts über die Ergebnisse einer Studie zur Thematik „Feinstaub“**

Der Ausschuss besprach die Frage einer Unterrichtung bzw. Anhörung zu der Studie. Er kam überein, zunächst die Veröffentlichung der Studie abzuwarten.

4. [Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Zusammenarbeit bei Überwachungs- und Untersuchungsaufgaben im Verbraucherschutz- und Tiergesundheitsbereich](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2769](#)

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Der Ausschuss verständigte sich auf einen schriftlichen Bericht. Einen Berichterstatter legte er noch nicht fest.

Er bat zu prüfen, ob es einer Befassung mit dem Gesetzentwurf durch den mitberatenden Unterausschuss „Verbraucherschutz“ bedarf.

5. [Näher am Verbraucher, näher am ökologischen und ökonomischen Optimum - Chancen der Digitalisierung in der Landwirtschaft nutzen - Umsetzung durch das Agrarinvestitionsförderungsprogramm \(AFP\) voranbringen](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/161](#)

Seitens der Fraktion der Grünen wurde ein eigener Antrag zum Thema der Digitalisierung in der Landwirtschaft angekündigt.

Der Ausschuss stelle daraufhin die abschließende Behandlung des Antrages der FDP-Fraktion zurück und kam überein, die Beratung des Antrages der FDP-Fraktion und des seitens der Fraktion der Grünen angekündigten Antrages zusammenzufassen.

6. [Tierschutzverstöße beim Schlachten verhindern - Betäubungspraxis auf den Prüfstand stellen](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/748](#)

Der Ausschuss setzte den Antrag einvernehmlich von der Tagesordnung ab.

7. [Teilmobile, stressfreie Schlachtungsmethoden unterstützen!](#)

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2786](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrages auf.

Er bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu den Forderungen in dem Antrag der FDP-Fraktion sowie zu den sich in diesem Zusammenhang stellenden juristischen Fragen.

Er verständigte sich darauf, auch mit Blick auf den Antrag in der Drucksache 748 jeweils einen Schlachtbetrieb für Rinder, für Schweine und für Geflügel zu besichtigen. Als Termin hierfür nahm er seine für den 21. August vorgesehene Sitzung in Aussicht.

8. [Fokus Klima: Landwirtschaft nach Dürre und Hitzewelle nachhaltig neu ausrichten!](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1398](#)

Der Ausschuss verständigte sich darauf, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

Als Termin hierfür nahm er den 4. September 2019 in Aussicht.

Er kam überein, dass von den Fraktionen der SPD und der CDU jeweils zwei Anzuhörende und von den Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD jeweils eine Anzuhörende bzw. jeweils ein Anzuhörender benannt werden.

Er bat die Sprecher der Fraktionen, sich am Rande des kommenden Plenarsitzungsabschnittes auf den Kreis der Anzuhörenden zu verständigen.

6 Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl und der Zustimmung nach Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung

(1. - teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Konstituierung des Ausschusses**

Der Ausschuss konstituierte sich in **öffentlicher Sitzung**.

2. **Vorbereitung des Beschlusses des Landtages über die Zustimmung zur Ernennung zweier Mitglieder des Landesrechnungshofs**

Der Ausschuss bereitete in **vertraulicher Sitzung** den Beschluss des Landtages über die Zustimmung zur Ernennung zweier Mitglieder des Landesrechnungshofs vor.

Donnerstag, 21. Februar 2019

7 Ausschuss für Inneres und Sport

(45. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand des Aufbaus eines Rechen- und Dienstleistungszentrums TKÜ**

Der Ausschuss folgte dem Unterrichtungswunsch einstimmig und bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung.

2. [Entwurf eines Gesetzes zur Förderung und zum Schutz der digitalen Verwaltung in Niedersachsen und zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
- Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen
- Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
- Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
- IT.Niedersachsen
- Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) – IT für Kommunen
- CIPHON GmbH

3. [Bleiberechtsregelung verbessern - echte Perspektiven für integrierte junge Menschen schaffen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1528](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er bat die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe gemäß § 18 b Abs. 4 Satz 4 GO LT um eine Stellungnahme.

8 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (37. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2891](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Gesetzentwurfs und kam überein, die Beratung im Ausschuss bereits in einer der nächsten Sitzungen abzuschließen, sofern von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsen nicht der Wunsch zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme im Rahmen einer Anhörung zu dem Gesetzentwurf geäußert wird.

2. [40 Jahre Erfolgsgeschichte - Niedersächsische Jugendwerkstätten nachhaltig stärken](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2580](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung (MS/MB) über den aktuellen Sachstand

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, den Ausschuss zu gegebener Zeit über die weiteren Entwicklungen zu unterrichten.

3. [Den Missbrauch von K.O.-Tropfen verhindern](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/327](#)

Der Ausschuss stellte die abschließende Beratung des Antrags zurück.

4. **Unterrichtungswunsch**

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung über die Möglichkeiten zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen.

Außerhalb der Tagesordnung:

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand zur Aufklärung der Fälle des Kindesmissbrauchs in Lügde**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Im Auftrage

Wieseahn